

Berlin-Rechte garantiert

Ergebnis des Gesprächs Eisenhower — Adenauer in Washington

Washington (upl). Präsident Eisenhower hat Bundeskanzler Adenauer zugesichert, daß jeder künftigen Vereinbarung über Berlin die Wahrung der Freiheit der Bevölkerung Westberlins und ihr Recht auf Selbstbestimmung zugrunde liegen werde. Diese Versicherung ist in einer gemeinsamen Erklärung Eisenhowers und Adenauers enthalten, die zum Abschluß einer ein-dreiviertelstündigen Aussprache im Weißen Haus veröffentlicht wurde. Adenauer zeigte sich mit dem Ergebnis der Aussprache „äußerst zufrieden“ und sagte, er sei überzeugt, daß die Westmächte in Berlin fest bleiben würden.

Der Besuch Adenauers im Weißen Haus bildete den politischen Höhepunkt seiner Reise in die Vereinigten Staaten. Adenauer war nach politischen Besprechungen in New York und der Entgegennahme der Ehren-doktor-Würde der Princeton-Universität nach Washington gekommen und von Vizepräsident Nixon und Außenminister Herter auf dem Flugplatz mit den Worten begrüßt worden, es sei „eine sehr große Ehre“, daß Adenauer in die amerikanische Hauptstadt gekommen sei. Herter und Außenminister von Brentano nahmen an der Aussprache im Weißen Haus teil, die zunächst von den beiden Regierungschefs unter vier Augen geführt worden war. Nach einem Essen im Weißen Haus hatte Adenauer eine Konferenz mit Herter vereinbart, bei der politische Detailfragen zur Sprache kommen sollten.

Keine Interimslösung

Von amtlicher amerikanischer Seite ist die Gelegenheit zu einer persönlichen Aussprache zwischen Eisenhower und Adenauer begrüßt worden, nachdem in den letzten Monaten Unterschiede in der Einstellung der beiden Regierungschefs zu wichtigen Problemen, vor allem zu Berlin, zutage getreten waren. Aus der Umgebung, Adenauers verlautete, daß angesichts der Vereinbarungen zwi-

schen Eisenhower und Ministerpräsident Nikita Chruschtschow in Camp David eine Diskussion über Berlin bei der bevorstehenden Konferenz in Paris auch nach Ansicht des Bundeskanzlers kaum zu vermeiden sei, daß Adenauer jedoch versuchen wolle, die amerikanische Regierung von dem Gedanken einer „Interimslösung“ für Berlin abzubringen.

In der Erklärung heißt es, der Präsident und der Bundeskanzler hätten einen „guten und fruchtbaren Meinungsaustausch über eine Reihe von Fragen gemeinsamer Interessen geführt“. Die Teilnehmer des informellen Gesprächs glaubten, daß dieser Meinungsaustausch „zu einer weiteren Koordinierung der Standpunkte der beiden Regierungen in einer Reihe von gemeinsamen Problemen“ geführt habe. Als Themen der Unterhaltung werden „die gegenwärtigen Abrüstungsdiskussionen in Genf, die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen, das deutsche Problem einschließlich Berlins und die wirtschaftliche Integration Europas“ genannt. „Der Präsident und der Bundeskanzler bekräftigten ihre Entschlossenheit, ihre Bemühungen fortzusetzen, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu erreichen“, heißt es weiter. „Sie kamen ferner überein, daß die Wahrung der Freiheit der

Bevölkerung Westberlins und ihr Recht auf Selbstbestimmung jeder künftigen Vereinbarung zugrunde liegen muß, die die Stadt betrifft.“

Zur Frage der Europäischen Wirtschaftsintegration verwies Eisenhower auf die amerikanische Unterstützung bei dem Streben nach den Zielen der europäischen Gemeinschaften. Beide Regierungschefs gaben ihrem Wunsch nach Stärkung der atlantischen Zusammenarbeit Ausdruck und begrüßten die

Kein Kulturabkommen

Neu Delhi (ap/upi). Die indische Regierung hat es abgelehnt, ein Kulturabkommen mit der Sowjetzone abzuschließen. Einen entsprechenden Vorschlag hatte die Pankower Delegation unterbreitet, die sich gegenwärtig auf Einladung Indiens in Neu Delhi aufhält.

Aussicht auf eine engere Verbindung der USA und Kanadas mit der europäischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang wurden die jüngsten Vorschläge der Europäischen Wirtschaftskommission besprochen, die nach Ansicht der Regierungschefs zu einer Senkung der Schranken im Welthandel führen könnten.

Berlin: Erfreulich

Mit Genugtuung ist in Westberlin die Erklärung von Präsident Eisenhower und Bundeskanzler Konrad Adenauer aufgenommen worden, wonach einer künftigen Berlin-Regelung die Freiheit der Bevölkerung und das Recht zur Selbstbestimmung zugrunde liegen müsse. Der Chef der Senatskanzlei, Senatsdirektor Albertz, nannte die Erklärung „erfreulich“.

Was ändert sich?

K. W. B. Das Ereignis ist vorüber. Adenauer hatte Zeit, im warmen kalifornischen Frühling darüber nachzudenken, ob es das erwartete, das erhoffte Ereignis gewesen ist. Die vermutlich letzte Zusammenkunft des amerikanischen Präsidenten mit dem deutschen Bundeskanzler vor der Gipfelkonferenz ist von aller Welt viel umdeutet worden. Haben diejenigen recht bekommen, die vermuteten, Adenauer wolle seinem großen Partner in Washington Korsettstangen gegen Aufweichungen einziehen? Oder sind diejenigen im Recht geblieben, die meinten, der sich so hartnäckig für die deutsche Sache schlagende alte Mann aus Bonn wird diesmal bei einem nach Ausgleich mit Moskau strebenden Eisenhower auf taube Ohren stoßen? Wer dem verhältnismäßig knappen Kommuniké nachgeht, das die beiden Männer nach ihrer Aussprache unterzeichnet haben, wird auf keine dieser beiden Fragen Auskunft finden. Die üblichen Floskeln von der völligen Übereinstimmung in allen grundsätzlichen Fragen sind sogar durch betonte Konkretisierungen verstärkt, wo die Frage Deutschland und Berlin zur Debatte steht.

★

Es kann nur die Auffassung der amerikanischen Politik sein, daß man mit den Sowjets noch einen besseren Modus vivendi für Berlin erhandeln könnte, wenn man mit ihnen darüber spräche. Hier haben sich freilich Auffassungsunterschiede zwischen Bonn und Washington ergeben. Der Kanzler sieht sich, seitdem er im Januar gegen das Gespräch über den Status von Berlin die Forderung nach der unbeschränkten Aufrechterhaltung dieses Status gesetzt hat, wie selten zuvor von der Zustimmung aller politischen Gruppen in Deutschland getragen. Nachdem er zum Gedanken des Status quo in Berlin das dynamische Verlangen nach der Praktizierung der Selbstbestimmung gesetzt hat, ist diese Zustimmung womöglich noch größer geworden. Jetzt hat er den amerikanischen Freund offenbar von der Wichtigkeit der Selbstbestimmungs-

parole für ganz Deutschland überzeugt. Es ist denkbar, daß sie dem amerikanischen Präsidenten als eine Sicherung gegen alle möglichen Gefahren erscheint, die das Debattieren über den Status von Berlin mit sich bringen könnte. Bei der Genfer Außenminister-Konferenz hatte man von diesem politischen Grundsatz noch nichts gehört. Der Kanzler möchte ihn, wie sein spontaner Vorschlag über eine Volksabstimmung in Westberlin bewies, nicht erst am Pariser Konferenztisch anwesend wissen. Es läge ihm daran, wenn die Westmächte Chruschtschow schon ein erstes Ergebnis solcher Selbstbestimmungswünsche präsentierten.

★

Man könnte meinen, daß Adenauers Berliner Volksentscheid es Eisenhower erleichtern möchte, seinen Gesprächspartner Chruschtschow darauf hinzuweisen, daß die politischen Realitäten jede Erörterung eines neuen Status — es sei denn Gesamtdeutschlands — überflüssig machen könnten. Der amerikanische Präsident wird seinerseits darüber nachzudenken haben. Freilich auch über die Wahlmonate, die unerbittlich heranrücken und über das Profil, das er im Juni auf seiner letzten Reise, der Moskau-Reise, für seine Wähler in den Staaten prägen will.

Unter so vielerlei weltpolitischen Rücksichten steht gegenwärtig das deutsch-amerikanische Verhältnis. So viele Male Adenauer schon den Weg nach Washington angetreten hat und so oft er auch wieder von den amerikanischen Staatsmännern aufgesucht worden ist, — es waren immer Begegnungen mit Freunden. Man weiß, daß auch diesmal keine kühlere Temperatur herrschte. Freilich, Dulles ist nicht mehr da, der für Adenauers politische Härte ein sehr bereites Organ hatte. Dafür aber war jetzt der Mann, der die stärkste Nation der Welt zum erklärten Freund Deutschlands gemacht hat, von der ganzen Autorität eines bedrängten Volkes getragen. Die Drangsal, in die Chruschtschow die Bundesrepublik mit neuen Methoden gestürzt hat, konkurriert jedoch heute mit dem von Eisenhower getragenen Willen, einen

Akkord mit den Sowjets zu suchen. Vielleicht hemmt die Zeitnot, in die sich der amerikanische Präsident der Wahlen wegen gedrängt sieht, auch den vollen Ausgleich zwischen der amerikanischen Führungspolitik und dem Wunsch nach einer echten Entspannung. Moskaus Arguren beobachten dieses amerikanische Dilemma. Die „Prawda“ freilich ist höchst unbefriedigt von dem, was zwischen Adenauer und Eisenhower in Washington ausgemacht worden ist. In der Sowjetunion hatte man darauf gehofft, daß das amerikanisch-deutsche Verhältnis jetzt auf einen kühleren Tiefpunkt sinken könne. Man glaubte, die Bundesrepublik mit mancherlei Propaganda, die auch in Amerika Wirkung zeigen sollte, waidwund zu schießen. Adenauer hat davon nichts verspürt. Im National Press Club zu Washington drängten sich wie nie zuvor die Journalisten, als, wie einer schrieb, „ein anderer Adenauer als bisher, ein leidenschaftlicher, bisweilen zorniger, aber sehr bewußter Staatsmann Satz um Satz seinen Zuhörern einhämmerte...“

★

Wenn wir an magere Kommunikés und nicht ganz befriedigende Erklärungen denken, die diesem deutsch-amerikanischen Gipfeltreffen folgten, so sollten wir auch auf Adenauers persönliche Wirkungen sehen. Wir haben in der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten nichts zu erhitzen, aber auch gar nichts abzukühlen. Sie steht fest. Sie ist freilich aus dem Gärungsstadium der reinen Freude heraus. Auf ihrem soliden Höhengrad, auf dem sie fest angesiedelt ist, nehmen wir aber jetzt mehr und mehr teil an den vielen anderen Problemen, die eine Weltmacht wie Amerika täglich bedrängen. Das Konkretwerden der politischen Verhandlungsgegenstände, die damit den künftigen Konferenzen zuteil wird, kann uns nur freuen. Denn wenn erst einmal das politische Prinzip der Selbstbestimmung in die Verhandlungen über Deutschland und Berlin Eingang findet, wird der Platz für alle Erweichungspläne und -pännen schrumpfen. Dann gibt es nur noch das Gespräch um das Ganze.

Kein Verzicht auf Berlin-Rechte

Eisenhower: Drei Voraussetzungen für Verhandlungen mit Chruschtschow

Washington (ap/dpa). Präsident Eisenhower versicherte auf einer Pressekonferenz, Bundeskanzler Adenauer und er stimmen völlig darin überein, daß es keine Änderung der Berlin-Politik des Westens geben dürfe. Er sei bereit, jederzeit mit Chruschtschow über Berlin und die Deutschland-Frage zu verhandeln, doch bleibe die Anerkennung der westlichen Rechte in Berlin durch die Sowjetunion Voraussetzung eines solchen Gesprächs.

Eisenhower nannte als Voraussetzung folgende drei Grundsätze:

1. Die westlichen Alliierten werden ihre Rechte in Berlin nicht aufgeben.

2. Die juristische Stellung der Westmächte in Berlin kann nicht in Frage gestellt werden.

3. Die Berlin-Frage kann niemals endgültig geregelt werden, solange Deutschland geteilt bleibt.

Eisenhower erklärte, daß er diese Grenzen seiner Verhandlungsbereitschaft während der Besprechungen mit Chruschtschow in Camp David klar umrissen habe. Nachdrücklich dementierte der Präsident den Bericht einer deutschen Zeitung, er und Chruschtschow seien übereingekommen, vor der Gipfelkonferenz im Mai nichts zu unternehmen, was die Atmosphäre beeinträchtigen könnte. Es treffe auch nicht zu, daß Chruschtschow in seiner in der vergangenen Woche überreichten persönlichen Botschaft sich

bereit erklärt habe, bis zu den amerikanischen Präsidentenschaftswahlen im November die Berlin-Frage ruhen zu lassen. Es bestehe auch kein Zusammenhang zwischen dieser Botschaft, den Entschluß der USA, auf Höhenflüge nach Berlin zu verzichten, und dem Nachgeben der Sowjets in der Frage der Pässe für die alliierten Militärmissionen in Potsdam.

Von der deutschen Delegation in Washington war vor dem Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Eisenhower im Weißen Haus bekanntgeworden, daß Adenauer sich gegen jede neue Berlin-Verabbarung wenden werde. Nach Mitteilung amerikanischer Diplomaten hat sich Adenauer auf Grund der amerikanischen Versicherung, daß die USA auch in Zukunft für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Westberliner einstehen würden, jedoch der Haltung der amerikanischen Regierung angeschlossen. Die Bundesregierung tritt jetzt ebenfalls für Ver-

handlungen über Berlin auf der Gipfelkonferenz ein, unter der Voraussetzung, daß die Rechtsgrundlage der bisherigen Position der Westmächte in der deutschen Hauptstadt nicht preisgegeben wird.

Erster Journalistentag

Berlin (dpa). Die Bedeutung der Pressefreiheit wird im Mittelpunkt des „Deutschen Journalistentages“ stehen, der zum erstmalig in Berlin stattfindet. Der vom Deutschen Journalistenverband einberufene Journalistentag soll sich nach den Worten des Verbandsvorsitzenden, Dr. Gießler, mit grundsätzlichen Fragen des Berufes beschäftigen. Es soll der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden, welche Funktionen die Presse als Partner der Parlamente und der öffentlichen Institutionen zum Wohle des Staates übernommen hat. Mit der Ausweitung der Tätigkeit der Presse sei auch ihre Verantwortung gestiegen. Die Journalisten wollen auf dem Journalistentag auch die Vereinheitlichung der verschiedenen Pressegesetze beraten und klarmachen, warum die Journalisten so aufmerksam jeden Versuch der Einschränkung der Pressefreiheit beobachten. Aber auch die innere Pressefreiheit, die beiderseitigen Rechte der Verleger und der Journalisten, sollen aufeinander abgestimmt werden.

Das Ergebnis der Beratungen in drei Arbeitskreisen soll in Form von kurzen Leitsätzen auf einem Festakt in der Kongreßhalle bekanntgegeben werden. Die Themen der drei Arbeitsgruppen lauten: „Die Pressefreiheit in der freiheitlichen Demokratie“, „Presse und Öffentlichkeit — Was erwarten wir von einem Pressegesetz“ und „Die Unabhängigkeit des Journalisten“.

Ostberlin antwortete nicht

Gemeindehaus soll abgerissen werden

Berlin (Eigenmeldung). Der Ostberliner Magistrat hat zwei dringende Anfragen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg wegen der Pläne zum Abriß des Georgen-Gemeindehauses am Alexanderplatz nicht beantwortet. Die Kirchenleitung teilte mit, daß General-superintendent Führ bereits Anfang des Jahres in einem Brief an Oberbürgermeister Ebert „die große Besorgnis und Beunruhigung der Georgen-Kirchengemeinde und ihrer Schwestergemeinden“ über die Pläne zum Ausdruck gebracht habe. Ferner hätten Vertreter des Konsistoriums und des Ge-

meindekirchenrates mit dem Magistrat verhandelt. Am 10. März schließlich habe die Kirchenleitung Ebert telegrafisch um sofortigen Bescheid über die Abrißpläne gebeten und entsprechend den ursprünglichen Zusagen „vollen und rechtzeitigen Ersatz für das zum Abriß bestimmte Gebäude“ gefordert. Über den jetzt beschlossenen Abriß sei die Kirchenleitung bestürzt.

Die Evangelische Kirchenleitung unterrichtet jetzt ihre Gemeinden über die Situation. Sie wolle, so heißt es in der Erklärung, die Georgen-Gemeinde in dieser Lage nicht allein lassen.

Adenauer für Volksabstimmung

Vorschlag in Washington: Westberlin soll selbst entscheiden

Washington (upi). Bundeskanzler Adenauer schlug in Washington vor, die Westberliner Bevölkerung noch vor der Gipfelkonferenz im Mai dieses Jahres in einer Volksabstimmung über die Beibehaltung des gegenwärtigen Status oder die Annahme des sowjetischen Vorschlags für eine „Freie Stadt Westberlin“ entscheiden zu lassen. Da die überwältigende Mehrheit sich für die Beibehaltung des gegenwärtigen Status aussprechen würde, könnten die Westmächte dann auf der Gipfelkonferenz der Sowjetunion vor Augen führen, wie unannehmbar ihre Berlin-Vorschläge seien.

In einer Rede vor dem National Press Club betonte der Kanzler, es sei „einfach unannehmbar“, daß der Grundsatz der Selbstbestimmung nicht auch in Berlin angewendet werde. Die Volksabstimmung werde deshalb auf Westberlin zu beschränken sein, weil für einen Einschluß Ostberlins die Zustimmung der Sowjetunion erforderlich sei, dadurch aber die Abstimmung bis nach der Gipfelkonferenz verzögert werden könne. In jedem Falle dürften die drei Westmächte vor den Berlin-Forderungen des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow nicht zurückweichen, weil dies einem schweren Prestigeverlust für den Westen gleichkäme. Adenauer sagte, daß er bei einer Zusammenkunft mit Präsident Eisenhower am Dienstag den Gedanken einer Volksabstimmung noch nicht erwähnt habe.

Er glaube nicht, sagte Adenauer weiter, daß die Sowjetunion wegen Berlin einen Krieg riskieren werde. Die Sowjets wüßten, daß ein Atomkrieg ihr Ende sein werde. Mindestens für die nächsten sieben Jahre wollten sie Frieden, um ihre wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Zur Lage in der Sowjetzone sagte er, die Verfolgung der Bevölkerung sei „schlimmer denn je“. Die sowjetisch besetzte Zone sei nichts anderes als eine russische Kolonie.

Zu seinem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion bemerkte der Bundeskanzler, über die Errichtung diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei nicht gesprochen worden. Die Tatsache, daß das Treffen stattgefunden habe, werde jedoch von großer Bedeutung für die „ausgezeichneten Beziehungen“ sein, die schon

zwischen den beiden Ländern bestünden. Er betonte in diesem Zusammenhang, daß jeder Bürger jüdischen Glaubens in der Bundesrepublik Deutschland dieselben Rechte und Privilegien wie jeder andere Bürger habe.

Berlin ist bereit

Berlin (Eigenmeldung). Zur Frage einer Volksabstimmung in Berlin ist in einer vom Senatspresseamt verbreiteten offiziellen Erklärung festgestellt worden, der Senat habe die Meinung und die Stellungnahme der Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt zu scheuen. Sollten es die Besatzungsmächte für

richtig halten, eine Volksabstimmung noch vor der Gipfelkonferenz in Berlin zu befürworten, so werde der Berliner Senat „einem solchen Ersuchen gern entsprechen“. In der Erklärung wird auf die Wahlentscheidung der Berliner Bevölkerung vom 7. Dezember 1953 hingewiesen, die auch eine Antwort auf die sowjetische Note vom 27. November und den darin formulierten sowjetischen Vorschlag für eine „Freie Stadt Westberlin“ darstelle. In der Zwischenzeit habe sich die rechtliche Stellung Berlins nicht geändert.

Im übrigen habe sich der Senat gemäß einer Erklärung des Regierenden Bürgermeisters vorbehalten, die Berliner Bevölkerung von sich aus zu einer Volksabstimmung aufzurufen. „Das würde für den Fall in Frage kommen, daß eine verbindliche Willensäußerung der Berliner Bevölkerung in einer neuen Situation erforderlich wäre.“

„Senats-Erklärung wurde berücksichtigt“

Berlin (Eigenmeldung). Das Ergebnis der Washingtoner Besprechungen zwischen Präsident Eisenhower und Bundeskanzler Adenauer ist vom Regierenden Bürgermeister Brandt in einer offiziellen Stellungnahme mit Befriedigung zur Kenntnis genommen worden. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß das Recht der Berliner Bevölkerung auf Selbstbestimmung im Verlauf der Besprechungen zwischen Eisenhower und Adenauer nochmals ausdrücklich bekräftigt worden sei. Eine weitergehende Stellungnahme werde, so heißt es weiter, erst dann möglich sein, wenn genauere Informationen über die Washingtoner Besprechungen vorlägen. Bereits jetzt gäbe es jedoch keinen Grund, daran zu zweifeln, daß Adenauer die Fünf-Punkte-Erklärung des Senats zur Berlin-Politik vom 7. Januar, die er sich zu eigen gemacht habe, auch in Washington vertreten habe.

Hospital für Marokko

Rabat (upi). Die Bundesrepublik hat der marokkanischen Regierung ein Hospital im Wert von 250 000 Mark zum Geschenk gemacht. Das Zelt-Krankenhaus war am 4. März von Freiwilligen außerhalb von Agadir errichtet worden, um den Opfern des Erdbebens vom 29. Februar Erste Hilfe zu leisten. Wie die Ärzte mitteilten, sind in diesen Tagen 90 Schwerverletzte und Tausende von Leichtverletzten behandelt worden. Über 200mal wurde Blut übertragen. Das Hospital, das zwei Operationsräume umfaßt und die modernste Ausrüstung besitzt, wurde in einer Feier am Montag der Prinzessin Lalla Aicha, der Präsidentin des marokkanischen Halbmondes übergeben. An der Feier nahm auch der Botschafter der Bundesrepublik in Marokko teil.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

SED-Agitatoren bleiben im Dorf

Nach Rostock auch die Bezirke Neubrandenburg und Frankfurt zwangskollektiviert

Berlin (dpa). Mit unverminderter Schärfe setzt die SED die Kollektivierungskampagne gegen die noch freien Bauern der Sowjetzone fort. Als zweiter Bezirk nach Rostock meldete der mecklenburgische Bezirk Neubrandenburg, daß alle Bauern — insgesamt 38 987 Betriebe mit 578 000 Hektar — ihre Selbständigkeit aufgeben hätten. In einem Brief an Ulbricht kündigen führende Funktionäre von Neubrandenburg an, die Bauern des Bezirks hätten sich entschlossen, „den Schritt vom Ich zum Wir zu tun“. Das gleiche meldete Frankfurt/Oder.

Die SED zieht bei der Kampagne gegen die Bauern alle Register, angefangen von der pausenlosen Überredung bis zum nackten Terror. In Westberlin liegen Aussagen von Flüchtlingen über das rigorose Vorgehen von Agitatoren vor, die den Bauern wörtlich gesagt haben: „Entweder Sie unterschreiben jetzt sofort, oder wir lassen die Beauftragten des Staatssicherheitsdienstes kommen.“ Zwei Bauern aus Ruhlsdorf (Bezirk Potsdam) berichteten, ihnen sei Straferlaß in Aussicht gestellt, falls sie in eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) eintreten. Die beiden Bauern waren zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie Schnittlauch nach Westberlin gebracht haben sollen.

Wie aus dem Bezirk Potsdam weiter berichtet wird, haben dort verschiedene Bauern unter dem Druck der SED-Agitatoren ihre Beitrittserklärung zur LPG unter Protest abgegeben mit der Forderung, es müsse, in der schriftlichen Erklärung vermerkt werden, daß der Beitritt erzwungen worden sei. Sechs Einzelbauern im Kreis Neuruppin, die sich beharrlich weigerten, der LPG beizutreten, ist die Stromzufuhr unterbrochen worden. Etwa zehn Bauern, die versucht haben, die Agitatoren mit Gewalt von ihren Höfen fernzuhalten, wurden festgenommen.

Auch nach der Kollektivierung eines Dorfes werden die Bauern die sogenannten Agitationsbrigaden nicht los. Der Stamm der überwiegend dorffremden Funktionäre verbleibt mit der Absicht im Dorf, die Produktionspläne hochzuschrauben und den Bauern zusätzliche Arbeitsverpflichtungen aufzuladen. Der von der Gemeindevertretung unter dem Druck der Funktionäre aufgestellte Plan wird

zum Gesetz erklärt, nach dem sich jedes einzelne Mitglied zu richten hat.

„Bauernlegen“

DT. Die von der SED gelenkte Zonenpresse ist in den letzten Tagen voll von alarmierenden Berichten über angebliche Enteignungsmaßnahmen der Bundesregierung auf dem Lande. Es ist die bekannte Halt-ten-Dieb-Methode, die von den erbarmungslosen Zwangskollektivierungen in Mecklenburg und Vorpommern ablenken soll. Diese Bauerntragödie wird in den Zonenzeiten systematisch totgeschwiegen. Aber die Bevölkerung in Mitteldeutschland wird immer mehr mit ihr auf anderem Wege bekannt. Zu stark sind die Bande der Verwandtschaft und Freundschaft, und mit Erschütterung vernehmen auch die Menschen in Rostock und Schwerin, in Leipzig und Dresden von dem brutalen Vorgehen der SED-Agitatoren auf dem Lande.

Aus zahlreichen Berichten geflüchteter Zonenbauern wissen wir, wie sehr den roten Machthabern an jeder einzelnen Arbeitskraft auf dem Lande gelegen ist. Was wäre nach Meinung der kommunistischen Propagandazentrale geeigneter, als das Schreckgespenst einer bauernfeindlichen Bundesrepublik an die Wand zu malen? Das Wort vom „Bauernlegen“ geht um. „Bonn macht den Bauern gewaltsam den Garaus“, „50 000 Hektar Ackerland für Schießplätze“, „220 000 von Haus und Hof vertrieben“ — das ist die Blütenlese eines einzigen Tages aus der Zonenpresse.

Als Kronzeuge für diese und ähnliche Propagandalügen muß der „Grüne Plan“ der Bundesregierung herhalten. Er sieht auch für das Jahr 1960 eine

Strukturwandlung des unrentablen Kleinbesitzes — zumeist Wirtschaften zwischen 0,5 und einem Hektar — vor. Es handelt sich dabei nicht um Notverkäufe, vielmehr um freiwillige Entscheidungen aus marktwirtschaftlichen Erkenntnissen bei voller Entschädigung der Betroffenen. Auch entsteht nicht, wie bei dem mittelalterlichen Bauernlegen, ein neuer Großgrundbesitz. Von 1949 bis 1959 ging die Zahl der Betriebseinheiten unter 10 ha um rund 219 300, das sind 14,4 v.H., zurück. Es handelt sich dabei zum größten Teil um Betriebe, die ohne sonstige Einnahmequellen (Handwerk oder Fabrikarbeit) keine ausreichende Existenzgrundlage für eine Familie darstellen.

Dieser Rückgang nicht existenzfähiger Kleinbetriebe in Höhe von 14,4 v.H. prunkt auch in den Berichten der Zonenpresse an erster Stelle. Nur verschweigt sie die nächste Feststellung des „Grünen Berichts 1960“, daß in dem gleichen Zeitraum die Zahl der Betriebe über 10 ha um rund 30 100 oder um 8 v.H. zugenommen hat. Die stärksten Zunahmen waren dabei im Bereich der bäuerlichen Familienbetriebe von 10 bis 20 ha zu verzeichnen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb am 21. Februar d. J. unter der Stichzeile „Ein gutes Jahr für die deutschen Bauern“: Im großen ganzen ist es ein ziemlich erfreuliches Bild, das die Regierung von der wirtschaftlichen Lage der bäuerlichen erwerbstätigen Bevölkerung im Jahre 1958/59 entwirft, wobei natürlich nicht übersehen werden kann, daß die weiterhin verbesserten Einkommensverhältnisse der westdeutschen Landwirtschaft ohne die beträchtlichen staatlichen Agrarhilfen und den auch hier praktizierten Agrarprotektionismus nicht denkbar wären.“

So sieht das „Bauernlegen in der Bundesrepublik“ aus. Der Versuch der kommunistischen Propaganda, von der größten Bauerntragödie aller Zeiten abzulenken, die sich in unseren Tagen in Mitteldeutschland abspielt, fällt auf sie zurück.

SPD gibt Deutschland-Plan auf

Wegner: Dieser Vorschlag gehört der Vergangenheit an

Bonn (Eigenmeldung/upi). Die SPD hat am Donnerstag ihren Deutschland-Plan vom vergangenen Jahr aufgegeben. Der stellvertretende Parteivorsitzende Wegner erklärte im SPD-Parteigorgan „Vorwärts“, der Plan habe ebensowenig zum Ziel geführt wie frühere Vorschläge und gehöre daher der Vergangenheit an. Allerdings seien für eine gewisse Zeit noch manche Bestandteile des Planes brauchbar, wenn es sich darum handele, Deutschlands staatliche Einheit ernstlich anzustreben.

Der Deutschland-Plan der SPD sah vor, daß gleichlaufend mit einer militärischen „Verdünnung“ in ganz Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn ein dreistufiger Prozeß der allmählichen Annäherung beider Teilstaaten bis zur Wiedervereinigung Deutschlands stattfinden sollte. Am Ende dieses Prozesses sollte die freie Wahl einer gesamtdeutschen Nationalversammlung stehen. Weil der Plan eine Verbindung zwischen der militärischen Verdünnung und den politischen Bestrebungen zur Wiedervereinigung nicht enthielt, wurde er von der Bundesregierung und den Regierungsparteien scharf abgelehnt.

Wegner will allerdings, seinem dynamischen Temperament entsprechend, bei einem Abschied vom SPD-Deutschlandplan, der auf seine Ideen zurückgeht, nicht stehenbleiben. In seinem Artikel im „Vorwärts“ schreibt er: „Es wird nicht genügen, auf die Unzulänglichkeit der Sowjetregierung hinzuweisen. Es muß versucht werden, Berlin nicht in die Zwangslage geraten zu lassen, die sich ergeben würde, wenn die Sowjetregierung den angekündigten „Friedensvertrag“ mit der Regierung Grotewohl-Ulbricht abschloße.“ Es wird dann angedeutet, daß der richtige Weg jetzt in der Ausarbeitung eines Friedensvertrages für ganz Deutschland bestehen könnte. Damit scheint sich ein Einschwenken der SPD auf den Kurs der Freien Demokraten anzubahnen. Die Bundesregierung und der weitaus größte Teil der CDU haben dagegen den Vorschlag, die deutsche Einheit auf dem Wege über einen Friedensvertrag zu suchen, von

jeher für ebenso gefährlich wie aussichtslos gehalten.

★

W. Bonn. Bereits in den letzten Monaten war zu beobachten, daß führende SPD-Politiker, wie z. B. Fritz Erler, von dem heftig umstrittenen Deutschlandplan, der die Bildung gemeinsamer Organe von Bonn und Pankow vorsah, stillschweigend abgerückt waren. Aber erst die jetzige Erklärung Wegners trägt den Deutschlandplan der SPD endgültig zu Grabe.

CDU: Wahltaktik

In Kreisen der CDU wurde sogleich versucht, Wegners Äußerungen als ein taktisches Manöver im Hinblick auf das kommende Wahljahr abzutun. In diesen Kreisen besteht ohnehin seit langem der Verdacht, daß die SPD sich zur Zeit nur eine gutbürgerliche Maske aufsetze, die aber im Falle eines Wahlsieges rasch wieder verschwinden würde. Diese Annahme ist wahrscheinlich verfehlt; denn die Erklärungen Wegners sind allzu einleuchtend und offen.

Der Absage an den Deutschlandplan fügt Wegner allerdings den bedeutsamen Satz hinzu: „Aber es sind für eine gewisse Zeit noch manche Bestandteile des Deutschlandplans brauchbar, falls es sich darum handelt, Deutschlands staatliche Einheit ernstlich anzustreben.“ An welche Bestandteile dabei gedacht wird, verrät der Artikel allerdings nicht. Sicher wird bei nächster Gelegenheit von der CDU gefragt werden. Man vermutet, daß die Idee der „innerdeutschen Verklammerung“, wie vor einem Jahr die Bildung gesamtdeutscher Organe genannt wurde, in führenden SPD-Kreisen nach wie vor als einziger

Ausweg aus dem Dilemma der deutschen Teilung betrachtet wird. Gerade diese Idee war aber in der Öffentlichkeit auf die stärkste Kritik gestoßen, wenn auch kein ins einzelne gehender Gegenvorschlag gemacht wurde.

Neuer Fernsehstil?

DT. Nicht immer hat das Deutsche Fernsehen in der Behandlung delikater politischer Themen die sichere Hand, die in der schwierigen Situation unseres zweigeteilten Landes vonnöten wäre.

Mit der neuen Fortsetzung des „Mitteldeutschen Tagebuches“ scheint Günther Lincke einen neuen, sehr bemerkenswerten Weg zu beschreiten. Hier wurde Pankow einmal in flagranti gefaßt und in die Zange genommen. Minister Ernst Lemmer antwortete Schlag auf Schlag auf das fadenscheinige Gerede einer zuvor ins Bild genommenen sogenannten Telefon-Diskussion des Ost-Fernsehens mit den Herren von Schnitzler und Eisler. Lemmer hob mit einfachen und überzeugend vorgetragenen Argumenten die hohlen Thesen der Ostberliner Agitatoren aus den Angeln, ganz gleich, ob es dabei um die Situation Berlins, die Blitzkrieg-Parole, die Hetzkampagne wegen der Spanierstützpunkte oder um die Rechtfertigung des Besuchs Lemmers und Brandts bei der Synode in Ostberlin handelte. Später nahm der Minister zu der Zwangskollektivierung der Zonen-Landwirtschaft Stellung. Hier blieb gewiß der Hinweis an die geflohenen Bauern nicht ohne Eindruck, daß die Bundesrepublik nur einer geringen Zahl von ihnen zu einem eigenen Hof verhelfen kann.

Diese Sendung dürfte in der Sauberkeit der Begriffserklärung, dem zupackenden Stil und zugleich durch ihre brennende Aktualität hüben und drüben ihre Wirkung nicht verfehlen.

Empörung über SED-Agenten

Leiter des Stockholmer Reichsbahnbüros enthüllt „Brückenkopf-Pläne“

Stockholm (dpa). Enthüllungen des bisherigen Leiters des Sowjetzonen-Reichsbahnbüros in Stockholm, König, über die wahren Aufgaben der sowjetzonalen Wirtschaftsvertretungen in Skandinavien haben in Schweden große Empörung ausgelöst. König berichtete, die Wirtschaftsvertreter seien in Wirklichkeit Agenten, die den Auftrag hätten, politisch aktiv zu sein und „Brückenköpfe“ zu bilden. König ist inzwischen in die Bundesrepublik geflüchtet.

Das konservative „Svenska Dagbladet“ meint in diesem Zusammenhang: „Der Bericht ist zwar keineswegs überraschend, aber doch wertvoll als Dokumentation. Das Endziel Pankows ist ohne Zweifel, eine diplomatische Anerkennung Ostdeutschlands zu erreichen. Wie widerlich dieses Spiel auch ist, so kann man doch mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß die ostdeutschen Behörden bei ihrem Wirken im Ausland ebenso wie im eigenen Land derart ungestüm, schroff und plump zu Werke gehen, daß sie damit selbst ihren eigenen Absichten entgegenwirken.“

Die liberale „Dagens Nyheter“ schreibt: „Zusammen mit der ostdeutschen Handelsvertretung fungiert das Reisebüro der Reichsbahn als ein politischer Brückenkopf in Schweden für die „DDR“, die von keinem demokratischen Staat in Europa anerkannt wird, aber um jeden Preis zu irgendeiner Art von Anerkennung kommen will. Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielt der offensichtlich energische Stockholmer Korrespondent des ostdeutschen Nachrichtenbüros adn. Er hat als Politrak ebenso gearbeitet

wie als Journalist. Man kann nun fragen, wie der adn-Vertreter in Stockholm künftig anzusehen ist: als Korrespondent oder als politischer Agent. Und was die ‚Generalvertretung der Reichsbahn‘ betrifft, so ist die personelle Besetzung von mehr als einem Gesichtspunkt aus irreführend.“

Fähren-Kapitäne abgesetzt

Die beiden Kapitäne der sowjetzonalen Ostseefähre „Saßnitz“, Dürkopf und Petsch, sind am Wochenende überraschend ihres Postens enthoben worden. Sie wurden durch zwei andere Kapitäne ersetzt. Die „Saßnitz“ gilt seit ihrer Indienstellung im vergangenen Jahr als eine ausgesprochene Unglücksfähre. Sie hatte schon mehrmals die Hafenanlagen von Trelleborg schwer beschädigt. Ende 1959 war die gesamte Steuereinrichtung der Fähre ausgefallen; stundenlang trieb sie hilflos in der Ostsee. Die Generaldirektion der Schwedischen Staatsbahnen hatte Pankow immer wieder auf die unzulänglichen technischen Einrichtungen und die schlechte Navigationsfähigkeit des Schiffes aufmerksam gemacht.

seinerzeit von den kommunistischen Versprechungen blenden lassen und habe diese Versprechungen erst als Märchen erkannt, als es bereits zu spät gewesen sei.

Nach den Angaben Kasatschewys hat die Bevölkerung der Sowjetunion auch erkannt, daß die Politik des Kreml die Welt in der ständigen Gefahr eines Atomkrieges hält. Religiöse Glaubensfreiheit gebe es nur auf dem Papier, weil jeder Jugendliche, der regelmäßig Gottesdienste besuche, nicht in die kommunistische Jugendorganisation aufgenommen werde, deren Mitgliedsbuch Voraussetzung für die Zulassung zu einer höheren Schule sei.

Friedensburg reist nach Moskau

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Friedensburg, der vor kurzem bei Beantragung eines Visums mit Sowjetbotschafter Smirnow zusammengetroffen war, wird in nächster Zeit eine Informationsreise nach Moskau unternehmen. Behauptungen, daß gegen einen Reiseternin vor der Gipfelkonferenz vom Bundeskanzler Bedenken erhoben worden seien, hat Dr. Friedensburg als unzutreffend zurückgewiesen.

Mountbatten lobt Aufbau Berlins

Berlin (Eigermeldung). In das Goldene Buch der Stadt Berlin trug sich der Chef des britischen Verteidigungsstabes, Admiral Lord Mountbatten, ein. Auf einem Empfang beim Regierenden Bürgermeister lobte Mountbatten „die zielbewußte und praktische Art und Weise“, in der sich die Berliner bemüht hätten, die Spuren des Krieges zu beseitigen. Der Admiral dankte für die Gastfreundschaft, die Berlin den britischen Soldaten immer habe zuteil werden lassen.

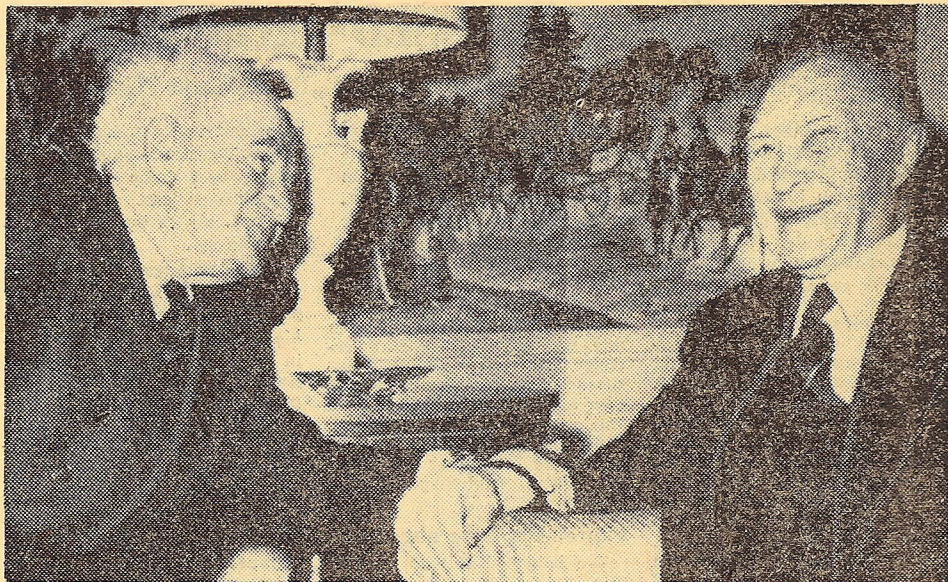
Sowjetjugend gegen KP-Diktatur

Enthüllungen eines geflüchteten Moskauer Diplomaten

Washington (ap). Bei wirklich freien und geheimen Wahlen in der Sowjetunion würde sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gegen das derzeitige kommunistische Regime aussprechen. Vor allem die Jugend wolle nicht mehr wie die ältere Generation leben

und fühle sich daher von anti-kommunistischen Idealen stark angesprochen.

Diese Erklärung gab der im Juni vorigen Jahres in Burma geflüchtete Sowjet-Diplomat Kasatschew vor einem amerikanischen Senatsausschuß ab. Die ältere Generation habe sich



BILDER DER WOCHE. — O b e n : In New York. Adenauer im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Israels, Ben Gurion. — U n t e n : Nach 19 Jahren steht Gustaf Gründgens zum erstenmal wieder vor der Kamera. Unter der Regie von Helmut Käutner spielt er in „Das Glas Wasser“ die Rolle des Lord Bolingbroke.

